

Sonderausgabe - Teil 1



Neuer und „Alter“ Kreisvorsitzender



140 Jahre SPD Oggersheim



Die SPD in Europa

Inhalt des ersten Teils

■ Landtagsfraktion

Die Gerechtigkeit kommt nicht unter die Räder 2

■ Unterbezirk

Neuer Vorstand der SGK Vorderpfalz 4
Wachablösung im Kreisverband Rhein-Pfalz-Kreis 5
Traditionelle Herbstfahrt nach Usedom 6
Afa-Studienfahrt nach Berlin 8
SPD Ludwigshafen ehrt Oberbürgermeister a. D. Dr. Werner Ludwig 9
140 Jahre SPD Oggersheim 10

■ Die SPD in Europa

Soziale und vernünftige Wege aus der Euro-Krise 12

■ Verbände

100 Jahre ASB Ludwigshafen 14
Impressum 16

Im zweiten Teil findet Ihr:

Berichte zur Unterbezirksfusionskonferenz • Vorstand und Team im UB • Berichte aus den Ortsvereinen • Tipps und Infos zur Öffentlichkeitsarbeit • Verbände • Mitglieder • Termine

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

eine lebendige Partei bleibt nur dann erfolgreich, wenn sie sich einerseits ihrer großen Ziele bewusst ist und andererseits in veränderten Zeiten neue Herausforderungen annimmt. Für die SPD heißt das, den Kampf um Gerechtigkeit auf allen Ebenen immer wieder neu aufzunehmen. Gerechtigkeit im Arbeitsleben bedeutet für uns nach wie vor Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für Mitbestimmung und für Mindestlohn. Im weiteren Sozialbereich arbeiten wir an einem erfolgreichen Gesundheitswesen ohne Zwei-Klassen-Medizin mit gerechter Finanzierung über eine Bürgerversicherung.

Die Generationengerechtigkeit muss definiert sein als vernünftige Absicherung der Lebensleistung in Rente und Pflege mit vertretbarer Belastung der jungen Generation.

Auch weil die Zeiten für unsere Partei im Hinblick auf die Wählerzustimmung und vor allem auf die Mitgliederentwicklung schon anders waren, wird sich der Bundesparteitag im Dezember mit einer Parteireform beschäftigen. Kernstück ist die Frage, wie wir die einzelnen Genossinnen und Genossen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen können.

Dazu gehört eine moderne Parteiorganisation und deren Finanzierung. Deshalb haben die Schatzmeisterkonferenz und die Finanzkommission in Berlin einen Entwurf für eine neue - realistischere - Beitragsordnung erarbeitet, die ebenfalls beschlossen werden soll.

Auch in der Vorderpfalz gibt es organisatorische Veränderungen. Die Geschäftsstelle in Ludwigshafen, von Bernhard Kukatzki hervorragend geleitet, ist seit geraumer Zeit Regionalgeschäftsstelle für Frankenthal, Rhein-Pfalz-Kreis, Ludwigshafen und Speyer. Auf Antrag der beiden Unterbezirkskonferenzen hat der Landesvorstand dieser Tage die Fusion der bisherigen Unterbezirke Vorderpfalz und Speyer beschlossen.

Heute, am 16. November wird in Fußgönheim ein „Fusionsparteitag“ stattfinden. Dann gehören die drei Stadtverbände und der Kreisverband organisatorisch zusammen. Es wird dort ein neuer Vorstand mit einem neuen Vorsitzenden zu wählen sein.

Nach rund 13 Jahren als Vorsitzender im bisherigen UB-Vorderpfalz werde ich nicht mehr kandidieren, um mich neben meiner Arbeit im Landtag noch stärker unseren Aufgaben im Bezirkstag Pfalz widmen zu können. Selbstverständlich kann der neue Vorstand dennoch weiter auf meine Mitarbeit und Unterstützung zählen.

Ich wünsche dem neuen Unterbezirk, seinem Vorstand und uns allen einen guten Neuanfang. Alle Genossinnen und Genossen bitte ich, mitzuhelfen, dass die SPD in der Vorderpfalz weiterhin erfolgreich bleibt.

Unser nächstes Ziel heißt: Beide Mandate bei der Bundestagswahl 2013!

Herzlich Euer

Günther Ramsauer, MdL



DOPPELHAUSHALT DES LANDES 2012/2013

Die Gerechtigkeit kommt nicht unter die Räder



Eckpunkte der Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hendrik Hering, in der Aussprache über den Doppelhaushalt 2012/2013

■ Verlässliche Politik ist gefragt

Die aktuellen Proteste in Amerika und Europa gegen die Finanzmärkte machen eines deutlich: Die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg und des massiven Auseinanderklaffens der gesellschaftlichen Schichten hat die breite Bevölkerung erreicht. Dies gilt auch für Deutschland. Die Politik läuft Gefahr, von der Lebenswirklichkeit der Menschen abgekoppelt zu werden. Das Gerechtigkeitsgefüge ist ins Wanken geraten. Die Menschen wissen nicht mehr, auf wen oder was sie sich noch verlassen können. Sie brauchen einen verlässlichen Partner.

In dieser Gemengelage steht auch die Landespolitik vor großen Herausforderungen. Ihre Aufgabe ist es, ökonomische Unsicherheiten für die Menschen abzufedern und die Gleichheit der Lebenschancen zu gewährleisten. Gleichzeitig muss der Landeshaushalt konsolidiert werden - nicht zum Selbstzweck sondern um diese beiden Aufgaben der Politik weiter wahrneh-

men zu können. Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf der Landesregierung macht deutlich: diese Koalition macht ernst mit der Konsolidierung der Landesfinanzen, um auch in Zukunft ausreichend Kraft und Raum für Gestaltung zu haben.

■ Starkes Land

Rheinland-Pfalz ist vom „Aufsteigerland“ zu einer festen Größe an der Spitze der Bundesländer geworden. Dafür haben wir in der Vergangenheit viele richtige Investitionen angestoßen, politische Schwerpunkte gesetzt, die unser Land voran gebracht haben.

Deshalb ist jetzt die richtige Zeit, eine breit angelegte Diskussion über die Zukunft unseres Landes anzustoßen. Das vergangene Jahr war eines der Besten in der gesamten Geschichte unseres Landes:

- Unsere Wirtschaft ist stark gewachsen,
- die Arbeitslosigkeit im Land deutlich gesunken,
- noch nie waren so viele Menschen in Beschäftigung.

Leicht war das nicht. Aber alle in Rheinland-Pfalz haben sich kräftig ins Zeug gelegt. Eindrucksvoll sind die Umbrüche, die wir gemeinsam bewältigt haben. Wir haben unser Land auf eine solide Grundlage gestellt. Darauf können wir stolz sein.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen auf dem Finanzmarkt müssen diese Errungenschaften jetzt krisenfest gemacht werden.

Das würde uns noch besser gelingen, wenn die Bundesregierung eine konstruktive Politik verfolgen würde. Ohne den wirtschaftlichen Einbruch in 2008/2009 würden die Einnahmen des Landes aus Steuern in 2012 um über 910 Mio. Euro über den jetzt zu erwar-

tenden liegen. Dazu kommen noch einmal Ausfälle von 580 Mio. Euro durch die Bundespolitik. Mit anderen Worten: Die Nettokreditaufnahme könnte nahe null liegen in diesem Jahr. Uns Rheinland-Pfälzer hingegen zeichnet aus, dass wir Realisten mit festem Wertegerüst sind. Wir streben nicht zu den Sternen, sondern arbeiten solide an einer lebenswerten Gesellschaft. Wir wissen, dass wir es selbst sind, die die Herausforderungen des Landes lösen werden.

■ Die Aufgaben der Zukunft: Gerechtigkeit kommt nicht unter die Räder

Was kommt auf uns zu? Viele gute politische Initiativen der vergangenen Jahre haben dem Land in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle eingebracht. Unsere guten Zukunftsinvestitionen haben aber auch viel Geld gekostet.

Durch wegfallende Mittel, die sinnvolle Konjunkturpolitik im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Steuerensenkungen auf Bundesebene wird der Handlungsspielraum des Landes eingeschränkt. Nun tritt zudem die neue Schuldenregel in Kraft.

Gleichzeitig brauchen wir weitere Zukunftsinvestitionen für unsere Kinder. Dies macht eine massive Kraftanstrengung in den Jahren bis 2020 notwendig. Das schaffen wir nur mit einem breiten Konsens in der Gesellschaft, der transparent und offen gemeinsam im Dialog mit den Bürgern erarbeitet werden soll.

Die Gerechtigkeit kommt in Rheinland-Pfalz nicht unter die Räder: Dabei geht es uns darum, unter den Bedingungen der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft und der damit einhergehenden erheblichen Belastung der sozialen Sicherungssysteme und

der öffentlichen Infrastrukturen:

- die Zahlungsfähigkeit des Landes zu erhalten;
- die (strukturelle) Neuverschuldung bis 2020 vollständig abzubauen, damit sich die Menschen in den kommenden Jahren auf gute staatliche Leistungen verlassen können;
- die Handlungsfähigkeit der Politik auch in Zukunft sicherzustellen;
- eine verantwortliche Politik für kommende Generationen zu machen.

■ Starke Konsolidierung

Wir sehen Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren als solidarische Gesellschaft mit starker Wirtschaft. Mit diesen Schwerpunkten setzen wir entscheidende Impulse. Ein solide finanzierter Staat sorgt für Wohlstand, soziale Aufstiegsmöglichkeiten und soziale Sicherheit. Nur er kann diese Leistungen dauerhaft erbringen. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist somit die Grundvoraussetzung. Doch das erreichen wir nicht mit blindem Sparen sondern mit einer sozial gerechten Lastenverteilung. Wir achten darauf, dass unsere Gesellschaft zusammenhält.

Damit wir diese Ziele erreichen können, werden wir in vielen Bereichen entschlossen und mit Augenmaß konsolidieren. Einige Beispiele:

- Durch Reorganisation der Landesverwaltung werden wir verstärkt sozial verträglich Stellen abbauen.
- Wir sagen den Beamtinnen und Beamten eine nur moderate, dafür aber verlässliche Besoldungsentwicklung zu – in dem Rahmen, den sich das Land leisten kann.
- Der Landesstraßenbau und der Landesbau werden deutlich zurückgefahren.

Unser Konsolidierungspfad liegt nun detailliert vor. Wir legen transparent auf den Tisch, welchen Weg wir gehen, um gemeinsam den Landeshaushalt zu gestalten. Wir handeln sozial ge-

recht und unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede.

Unser Konsolidierungskurs verteilt die Lasten ausgewogen und nach der entsprechenden Leistungsfähigkeit.

■ Rot-Grün gestaltet unser Land

Soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen und die Gestaltung der Energiewende sind unsere zentralen Schwerpunkte.

Der sozial-ökologische Wandel in Rheinland-Pfalz, den sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufgabe gemacht haben, wird mit dem Landeshaushalt 2012/2013 auf eine solide Grundlage gestellt. Er wird die Basis dafür darstellen, dass der „Aufbruch in eine soziale und ökologische Zukunft“ (Koalitionsvertrag) in Rheinland-Pfalz gelingt. Mit ihm wird der finanzielle Rahmen für die politischen Schwerpunkte gesetzt, die wir im April und Mai dieses Jahres vereinbart haben – für Schwerpunkte, die Rheinland-Pfalz weiter voranbringen werden, weil sie soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher Prosperität verbinden. Dafür werden wir mit diesem Haushalt die nötigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen können.

■ Schwerpunkte für eine gute Zukunft

Gleiche Bildungschancen bedeuten gleiche Lebenschancen. Stolz können wir auf unser gebührenfreies Bildungssystem blicken. Trotz aller Erfolge: Der Bildungserfolg unserer Kinder ist noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängig. Wir setzen deshalb unseren Schwerpunkt auf Bildung und sorgen weiter für gleiche Chancen:

Die Mittel für Bildung und für Investitionen in neue Ideen steigern wir kontinuierlich. In 2012 steigen sie um 5 Prozent. Und das ist erst der Anfang:

- Allein in die Kindertagesstätten in-

vestieren wir bis 2016 zusätzlich 10 Millionen Euro;

- wir bauen die Ganztagschulen weiter aus,
- wir verkleinern die Klassen und
- wir schreiben das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ über 2013 mit über 350 Mio. Euro fort.
- Wir verbessern das Schüler-Lehrer-Verhältnis indem wir die „demografische Rendite“ nutzen und 1000 Lehrerstellen in den Schulen belassen. Gute Bildung ist ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, ob wir eine solidarische und dynamische Gesellschaft bleiben. Frei zugängliche und qualitativ hochwertige Bildung ist dafür die Grundlage und unser höchstes gesellschaftliches Gut. Mit unserem konsequenten Schwerpunkt ermöglichen wir gute Lebenschancen für alle und stärken die Gestaltungskraft in unserem Land.

Unsere Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stärkt diejenigen, die schwierige Ausgangspositionen haben. Unsere Politik setzt Rahmenbedingungen, die Arbeitsplätze zu sichern. Chancengleichheit muss für alle Mitglieder der Gesellschaft gelten. Das ist unser Grundsatz! Auch die Menschen mit geringem Einkommen haben ein Recht auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe. Wir sorgen dafür, dass soziale Mobilität nach oben häufiger möglich ist als anderswo.

Bürgerinnen und Bürger benötigen starke Kommunen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gewährleisten Städte, Gemeinden und Landkreise die öffentliche Daseinsvorsorge, erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der Gesellschaft und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse bei uns im Land. Damit die Finanzlage der Kommunen für ihre elementaren Aufgaben wieder besser wird, legen wir gemeinsam mit den Kommunen einen kommunalen Entschuldungsfonds in Höhe von maxi-

4 Landtagsfraktion

mal 3,8 Mrd. Euro auf. Das Land beteiligt sich bis 2026 mit gut 1,3 Mrd. Euro an dieser Entlastung der kommunalen Gebietskörperschaften. Diese große Anstrengung führt konsequent die Linie des Landes fort, die kommunalen Einnahmen zu stabilisieren.

■ **Verlässliche Politik – statt „Bäumchen wechsel dich“**

Auch für die CDU im Land gilt der neue CDU-Grundsatz: Je vehementer sie etwas ausschließt, desto sicherer kommt es am Ende doch: Nach den Kurswechseln bei Atompolitik, Wehrpflicht, Steuerpolitik, Hauptschule und Schuldenschnitt für Griechenland vollzieht die CDU-Vorsitzende nun beim Mindestlohn ihre „nächste Volte“ (FAZ vom 31.10.2011) und übernimmt sozialdemokratische Positionen.

Das ist zunächst ein Erfolg für die SPD. Die CDU macht sich dadurch zu einer charakterlosen Hülle. Hier und heute hätten Sie die Möglichkeit gehabt, einen substantiellen Vorschlag zur Gestaltung unseres Landes vorzubringen und diese leere Hülle mit ein wenig Inhalt zu füllen. Wieder haben Sie nichts außer heißer Luft produziert.

Die CDU im Land muss aufpassen, dass sie sich nicht völlig unglaubwürdig macht. Sie lehnt jeden einzelnen Kürzungsvorschlag der Koalition ab. Sie stellt ausgabenwirksame Forderungen in Serie. Eigene substantielle Sparvorschläge verweigern Sie konsequent. Mit ihnen sind wir meilenweit entfernt von konstruktiven Haushaltsberatungen. Sie stellen sich selbst ein miserables Zeugnis aus. Es muss ein für alle Mal mit dem Märchen der sich selbst finanzierenden Steuersenkungen und der damit einhergehenden dauerhaften Schwächung der Staatsfinanzen Schluss gemacht werden. Ebenso muss es ein Ende haben, dass Jeder, der die Folgen dieser Einnahmeausfälle thematisiert, als „staatsfixierter Steuer-Erhöher“ hingestellt wird.

Wir sind hier nicht auf einem CDU-Parteitag. Wir sind im Parlament – hier muss gearbeitet werden. Die Menschen erwarten von Politik Verlässlichkeit, Ernsthaftigkeit, das Ringen um neue Wege für unser Land. Auch wenn heute der 11.11. ist – die Zeit ist zu ernst für Büttreden. Spätestens wenn die Kameras aus sind, Frau Klöckner, reichen Ihre Worthülsen nicht mehr aus. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, tragen mit ihrem Politikstil, der nur bis zur nächsten Zeitungsausgabe reicht, zu Politikverdrossenheit bei.

Die Koalition konsolidiert den Landeshaushalt um rund 800 Mio. Euro. Sie scheut unbequeme Maßnahmen in keiner Weise. Denn sie hat dabei ein Ziel vor Augen: Wir gestalten die Zukunft in sozial, ökonomisch und ökologisch verantwortlicher Weise. Das Institut der deutschen Wirtschaft be-

scheinigt dem Land einen überdurchschnittlichen Konsolidierungsbeitrag bis 2013.

Das wollen die Menschen: einen klaren Kompass statt Bäumchen wechsel dich. Ehrlichkeit statt Versprechungen, die nicht eingehalten werden können. Ich bitte die Opposition: Kehren sie auf den Weg der Vernunft zurück.

■ **Angebot an die Bürgerinnen und Bürger**

Um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten, müssen wir das Vertrauen zueinander und die gegenseitige Anerkennung erneuern. Wir brauchen eine ehrliche Politik, die Probleme benennt und nach klaren Prinzipien handelt. Verlässlichkeit und Vertrauen sind dabei wichtig. Wir sind es selbst, die unser Land gestalten können. Die Koalition unterbreitet den Menschen im Land ein Angebot dafür.

Neuer Vorstand der SGK Vorderpfalz

Der Regionalverband Vorderpfalz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hat einen neuen Vorstand. Udo Scheuermann, Stadtrat in Ludwigshafen und Ortsvorsteher von Oppau wurde als Vorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind Friederike Ebli, Mdl und Ortsbürgermeisterin in Hanhofen, der Schifferstadter Stadtrat Bernhard Kukatzki und Dr. Christoph Gruchot, Ratsmitglied in Frankenthal. Kassierer wurde Karlheinz Detzer (Bobenheim-Roxheim), Schriftführerin Gabriele Albrecht (Ludwigshafen). Beisitzer sind Rainer Böhm (Böhl-Iggelheim), Julia Troubal (Mutterstadt), Hans-Dieter

Schneider (Mutterstadt) und Julia May (Ludwigshafen). Zu Revisoren wurden Thorsten Leva und Uwe Klodt bestimmt.

Der SGK Vorderpfalz gehören rund 200 sozialdemokratische Mandatsträger aus Ludwigshafen, Frankenthal, dem Rhein-Pfalz-Kreis und Speyer an, die kommunalpolitisch in den Stadt- und Gemeinderäten sowie im Kreis- und Bezirkstag aktiv sind.



WACHABLÖSUNG

SPD-Kreisverband wählt Martin Haller zum Vorsitzenden

Mit überragender Mehrheit wurde der Lamsheimer Landtagsabgeordnete Martin Haller bei der Kreisverbandskonferenz der SPD in Neuhofen am 14.11. zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbands Rhein-Pfalz gewählt. Der 28-Jährige erhielt 98,5 Prozent der Stimmen. Wolfgang Kraus, der dem Kreisverband zehn Jahre vorstand, kandidierte nicht mehr. Kreisvorstand und der Kreisausschuss hatten Martin Haller im Vorfeld einstimmig als Kandidat um die Nachfolge von Wolfgang Kraus nominiert.

„In den nächsten Jahren liegt viel Arbeit vor dem Kreisverband“, erläuterte Haller in seiner Vorstellungsrede. Der neugewählte Vorstand habe die Aufgabe, die Partei im Kreis auf die bevorstehenden Kommunal- und Bundestagswahlen vorzubereiten. Ziel der Kreis-SPD müsse es nach Haller sein, das Image und Profil als bürgernahe Partei weiter ausbauen. Um der Politikverdrossenheit entgegen zu treten ist es für Haller besonders wichtig, die Menschen abzuholen und ein offenes Ohr für deren Anliegen zu haben. Haller kritisierte auch die CDU im Kreis. So stelle die Schulpolitik im Kreis eine einzige Baustelle dar. „Es fehlen Konzepte die wirklich tragfähig sind.“ Auch bei der Kommunal- und Verwaltungsreform zeige sich die Uneinigkeit der Kreis-CDU. „Der Landrat ist bemüht, informiert die Bürgermeister, aber auch hier ist es wieder Elster, der die Politik im Kreis maßgeblich hemmt, indem er einen Beschluss herbeiführt, der Fusionsgespräche zwischen Mutterstadt und Limburgerhof verhindert. Hier formiert sich bürgerschaftlicher Widerstand“, betonte Martin Haller. Zu diesem Thema werde es in Limburgerhof einen Bürgerentscheid mit dem treffenden Titel „Miteinander

reden dürfen“ geben. Für Haller, der sich für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzt, ein wichtiges und richtiges Signal. Er lobte auch die konstruktive Arbeit von Hans-Dieter Schneider als Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion.

Sein überzeugendes Wahlergebnis bestätigte die zukunftsgerichtete und kreative Bewerbungsrede. Als Stellvertreter stehen Martin Haller Inge Sabin, Hubert Boßle und Andreas Wehrmeister zur Seite. Als Kassierer wurde Karlheinz Detzer aus Bobenheim-Roxheim im Amt bestätigt, neue Schriftführerin wurde Julia Troubal aus Mutterstadt. Die dreizehn Beisitzer sind Ingrid Burlafinger, Gerlinde Braun, Patrick Schall, Isabel Schneider, Jutta Hahn, Reinhard Reibsch, Christine Wendel, Christopher Huch, Esther Hoffmann, Hans-Rainer Schiffman, Uwe Wolf, Gertrud Hellwig und Cordula Butz-Cronauer.

„Es ist mir immer ein Anliegen gewesen, die Zusammenarbeit der Ortsvereine untereinander zu intensivieren“, hatte der scheidende Vorsitzende Wolfgang Kraus in seinem Bericht rückblickend über seine Amtszeit betont. Auch die Öffnung der Partei nach au-

ßen sah Kraus als wichtigen Schritt hin zu einer bürgernahen Partei. Der Erfolg bei den Kommunalwahlen 2009 sei nicht zuletzt dem erarbeiteten „Bürgerwahlprogramm“ zuzuschreiben. Kraus lobte außerdem den Landratswahlkampf und den Kandidaten Gordon Emrich. „Für diesen hervorragenden Wahlkampf haben wir nicht umsonst auch von der politischen Konkurrenz viel Lob erhalten“, hob Kraus hervor. Kraus machte weiter das politische Gewicht des Kreisverbands innerhalb der SPD deutlich. „Als mitgliederstärkster Kreisverband geht an uns nichts vorbei“, betonte Kraus weiter. Mit Blick nach vorne sei jetzt aber wichtig, die Weichen für die Zukunft zu stellen und nicht den Blick in die Vergangenheit zu richten. Da Politik vom Wechsel lebte, gehe es auch immer darum, die Nachfolge solide zu regeln. „Ich freue mich über das hervorragende Ergebnis für Martin Haller als meinem Nachfolger und bin überzeugt, dass der SPD-Kreisverband mit dem neuen Vorstand gut aufgestellt ist für eine engagierte Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Pfalz-Kreises“, so Wolfgang Kraus.



TRADITIONELLE FAHRT ZU FREUNDEN

Reise des SPD UB-Vorderpfalz nach Usedom



Bereits zum achten Mal fuhr in diesem Jahr eine hundertköpfige Gruppe von Genossinnen und Genossen und Freunden der SPD Vorderpfalz auf Initiative der Bundestagsabgeordneten Doris Barnett auf die Sonneninsel Usedom. Auch diesmal hatten die Verantwortlichen ein attraktives Programm zusammengestellt, das von gemütlichem Beisammensein über Politik und Kultur hin zu Ausflügen in die Natur reichte.

Da ein Teil der Insel Usedom zum Nachbarland Polen gehört, nutzte die Gruppe die Chance, die grenznahe Hafenstadt Swinemünde und die polnische Insel Wollin zu besuchen. Auf Wollin gibt es neben dem Naturschutzgebiet mit seinen eindrucksvollen Buchenwäldern das traditionelle Seebad Misdroy mit Seebrücke und Strandpromenade zu bewundern. Auch Swinemünde, auf polnisch Świnoujście, bietet mehr als den bekannten Flohmarkt am Stadtrand. Die größte Stadt auf Usedom wartet mit einem wirtschaftlich bedeutenden Hafen auf, einer Strandprom-

enade und einem direkten Einblick in das alltägliche Leben der polnischen Nachbarn.

Für zwei spannende politische Abende sorgten die neugewählte SPD-Landtagsabgeordnete Katharina Feike, die aus ihrem Wahlkreis und von den Erfahrungen im Wahlkampf berichtete, sowie der Regionalbeauftragte der Deutschen Bahn für die Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Joachim Trettin. Er war eigens aus Potsdam nach Zinnowitz gekommen, um über die Entwicklung der Eisenbahn auf der Insel und besonders das Projekt



„Karniner Brücke“ zu informieren. Diese Bahnverbindung auf die Insel war gegen Ende des 2. Weltkriegs zerstört und nie wieder aufgebaut worden. Ein Verein setzt sich für die Wiederherstellung der Brücke ein; Fahrtzeit nach und Verkehrsbelastung auf Usedom würden deutlich verbessert. Auch die Bahn beurteilt eine Wiederherstellung der Brücke grundsätzlich wohlwollend – wenn die Finanzierungsfrage geklärt ist.

Für Teilnehmer, die ihr Seefestigkeit auf die Probe stellen wollten, war die Schiffsfahrt zur Greifswalder Oie eine gute Gelegenheit. In zwei Gruppen – eine mit mehr Glück bei Sonne und Sicht, die andere bei Impressionen im Nebel – wurde die etwa zwölf Kilometer vor Usedom in der offenen Ostsee gelegene Insel angesteuert. Highlight ist ein Blick vom 49 Meter hohen Leuchtturm, der eines der stärksten Leuchtfeuer in der Ostsee besitzt. Aber auch die freilaufende Schafherde, die vielen Vögel und ein Blick über die Steilküste machen den Besuch der Oie lohnenswert. Auf der Insel, die komplett unter Naturschutz steht, betreibt der Verein Jordsand ein Informationszentrum zum Leben und den Zugbewegungen der dort heimischen Vögel.

Beim Besuch des Fischereihafens im Örtchen Freest konnte man zusehen, wie die Fischer ihren Fang einholen und verkaufen – unschlagbar frisch und günstig direkt vom Boot oder lecker weiterverarbeitet zu Bismarck- oder Matjesbrötchen.

Besonders interessant war der Informationsbesuch im stillgelegten Atomkraftwerk Lubmin/Greifswald. Unter kompetenter Führung wurde den Gästen aus der Pfalz nicht nur die Bau- und Funktionsweise eines Atomkraftwerks erklärt, sondern auch die Mammutaufgabe, die Anlage nach der Stilllegung zu demontieren. Herr Hetzel erläuterte ebenso sachkundig



wie anekdotenreich die Konstruktion von Block 6 des AKW, der niemals in Betrieb gegangen war. Ohne die Gefahr, sich radioaktiver Strahlung auszusetzen, kann man dort bis in den Reaktorkern schauen.

Bei strahlendem Sonnenschein gab es während der Woche außerdem

reichlich Gelegenheit, die Seebäder Ahlbeck und Zinnowitz zu erkunden, am Strand spazierenzugehen und nach Kaffee und Kuchen im Wasserschloß Mellenthin eine der prachtvollen Alleen entlangzuwandern. Usedom 2011 – auch dieses Jahr wieder eine Reise wert.



AFA STUDIENFAHRT

Speyerer Reisegruppe von Berlin begeistert

Voller Erlebnisse und mit großen Eindrücken kehrten die 40 Speyerer Fahrtteilnehmer von ihrer Studienfahrt nach Berlin wohlbehalten wieder zurück. Das Programm, das die Reiseleiter Karl Heinz Weinmann und Dr. Horst Nitsch vom Vorstand der AfA (Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer in der SPD UB-Speyer) zusammengestellt hatten, entsprach voll den Vorstellungen der Fahrtteilnehmer und wurde hervorragend umgesetzt.

Schon die zentrale Unterbringung im Hotel-Plaza am Kurfürstendamm war dazu angetan Erlebnisse und Exkursionen auf eigene Faust zu unternehmen und sich ein Bild von der Lage Berlins zu verschaffen.

In Zusammenarbeit mit dem Reisebüro Deutsch(Speyer) konnten dann die einzelnen Programmpunkte abgewickelt werden. Großes Lob wurden dem Busfahrer Kay zuteil, der die Gruppe sicher und gekonnt durch Berlin kutscherte.

Gleich am nächsten Tag ging es zum Bundestag, wo sich die die Gruppe über Inhalte und Sitzordnungen des Plenarsaales informierte.

Die Bundestagsabgeordnete Doris Barnett (Ludwigshafen) berichtete aus ihrer Arbeit und zeigte die Schwerpunkte der einzelnen Bereiche auf. Nach einem schmackhaften Mittagessen im Bundestagsrestaurant, ging es zur Landesvertretung Rheinland-Pfalz, wo die Fahrtteilnehmer mit Kaffee und Kuchen erwartet wurden. Dabei informierten Boris Mehl und Alina Rebholz über Aufgaben und Ziele der Landesvertretung, die von der Gruppe mit großem Interesse aufgenommen wurden.

Die große Stadtrundfahrt führte zu den ereignisreichen Plätzen, wie Brandenburger Tor, Siegessäule, Alexander Platz, usw.

Natürlich durfte ein Besuch in der SPD Zentrale, dem Willy-Brand-Haus nicht fehlen. Hier wurde die Gruppe von Siegfried Nitsch erwartet, der als Koordinator das Programm maßgeblich beeinflusst hatte.

Die Ausführungen des PV Referenten Jürgen Hitzges und der Film verdeutlichen den Weg der großen Volkspartei seit über 140 Jahren in Deutschland.

Beim Besuch des Bundesrates wurden

die unterschiedlichen Auffassungen über politische Entscheidungen deutlich, die letztlich im Vermittlungsausschuss gelöst werden müssen. Beim Besuch im historischen Museum konnten die Fahrtteilnehmer ein Blick auf die Speyerer Geschichte werfen, die dort zu sehen war.

Der letzte Tag blieb dem Besuch von Potsdam vorbehalten. Stadtführer Wolfgang Weis zeigte die Schönheiten der Stadt in Vergangenheit und Zukunft auf. Das hervorragende Mittagessen im Marjan-Grill in Hansaviertel übertraf alle Erwartungen. Beim Besuch der Stasi-Zentrale wurden die Fahrtteilnehmer mit der Deutschen Vergangenheit konfrontiert, die verdeutlichte wie der Staat mit den DDR-Bürgern umgegangen ist.

Auf dem Rückweg wurde am Leipziger Hauptbahnhof Rast gemacht, der sich zu einem hervorragenden Einkaufszentrum hergerichtet wurde.

Die Ergebnisse und Erlebnisse werden nun bei einem Fahrtnachtreffen noch einmal aufleben und so die Organisatoren der AfA bestätigen, Studienfahrten dieser Art weiter durchzuführen.



Die Speyerer Gruppe vor der Kuppel des Reichstages mit Doris Barnett (MdB) (von rechts. Foto: H.J. Müller, Deutscher Bundestag)

OBERBÜRGERMEISTER A.D. DR. WERNER LUDWIG SPD feierte Ludwigshafens Ehrenbürger

Dr. Werner Ludwig, 28 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen am Rhein, wurde am Samstag, 27. August 2011, 85 Jahre alt. Zu Ehren des Ludwigshafener Ehrenbürgers gaben Stadt Ludwigshafen und der Stadtverband der SPD Ludwigshafen am Rhein einen Empfang im Wilhelm-Hack-Museum.

Ludwig war von Juli 1965 bis Juni 1993 Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen am Rhein und schied damals als dienstältester OB aus dem Dienst aus. Er trat im September 1956 als Justitiar des Sozialdezernats in die Dienste der Stadt Ludwigshafen ein, von Februar 1958 bis Juni 1965 begleitete er das Amt des Sozial- und Wohnungsdezernenten der Stadt Ludwigshafen.

„28 Jahre lang prägte Dr. Werner Ludwig die Entwicklung der prosperierenden Stadt, wie niemand zuvor“, erklärt Wolfgang van Vliet, Bürgermeister und Vorsitzender der SPD Ludwigshafen. „Als Vorsitzender in Verwaltungs- und Aufsichtsräten der wichtigsten städtischen Töchter, darunter Stadtparkkasse Ludwigshafen, Wohnungsbau-Gesellschaft GAG, Technische Werke Ludwigshafen liefen alle wichtigen Handlungsstränge bei ihm zusammen. Durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Pfalzwerke wirkte er 33 Jahre und festigte damit die Energieversorgung der Region. Als Vorsitzender des Bezirkstages Pfalz, Vorsitzender des Vereins Naturpark Pfälzerwald, Vorsitzender der Nahverkehrsgemeinschaft Rhein-Neckar und als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags war er ein starker Interessenvertreter Ludwigshafens und gern gehörter Ratgeber weit über die Stadtgrenzen hinaus“, so van Vliet. „Dabei hatte Ludwig bis zum Ende

seiner Dienstzeit immer die Vision einer modernen Stadt am Rhein vor Augen. So entstand der Bebauungsplan Rheinufer Süd und die Planungsphase der S-Bahn Rhein-Neckar noch unter seiner Ägide. Die Öffnung der Stadt am Rhein in der heutigen Form trägt seine Handschrift. Auch lange nach seinem Ausscheiden genießt Werner Ludwig hohes Ansehen in der Bevölkerung der Stadt. Er war ein populärer und erfolgreicher Oberbürgermeister. Bürgernähe war das Erfolgsrezept seines Handelns. Stets war er in Gesprächen bei den Bürgerinnen und Bürgern unterwegs. „Nahe bei den Menschen war seine Losung“, so Ludwigshafen Bürgermeister van Vliet. Stuttgarts Alt-OB Manfred Rommel urteilte einmal über Werner Ludwig: „Ludwigshafen ist so sehr mit ihm verbunden, dass man meinen könnte, die Stadt hieße wegen ihm so.“

Werner Ludwig trat am 27. August 1946, damals noch im Exil, in die SPD ein. Von 1962 bis 1980 war er der Vorsitzende des Bezirks Pfalz. Von 1963 bis 1965 gehörte er dem Rheinland-Pfälzischen Landtag an. Den Vorsitz des Bezirkstags Pfalz führte er von 1964 bis 1974 und von 1979 bis 1997.

Entsprechend lang ist die Liste seiner Auszeichnungen. Unter anderem überreichte ihm 1984 der DGB die Hans-Böckler-Medaille, 1986 folgte die Ehrenbürgerschaft der Stadt Haverling England. Der Bezirksverband verlieh ihm im gleichen Jahr den Pfälzer Löwen, 1990 wurde Ludwig das große Bundesverdienstkreuz verliehen, gefolgt von der Europa-Union-Nadel in Gold (1992). Die Stadt Ludwigshafen am Rhein ernannte ihn 1993 zum Ehrenbürger der Stadt, für die Verdienste



um die deutsch-französische Freundschaft wurde ihm 1995 der „*Officier dans l'Ordre national du mérite*“ verliehen.

■ Der Lebensweg

Werner Ludwig wurde am 27. August 1926 in Pirmasens geboren. Er emigrierte 1933 mit der Familie nach Frankreich und kehrte 1947 nach Deutschland zurück. Er ist verwitwet, hat drei Kinder und sechs Enkelkinder. Er lebt seit 1956 in Ludwigshafen.

■ Bildung und Beruf

Jura-Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, 1950 erfolgte die 1. Juristische Staatsprüfung, nach dem Refendariat legte er 1954 die 2. Juristische Staatsprüfung ab. Es folgten Stationen beim DGB in Düsseldorf und der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz in Speyer. 1955 promovierte er zum Dr. jur. Der Eintritt in die Dienste der Stadt Ludwigshafen am Rhein erfolgte zum September 1956.

140 JAHRE SPD OGGERSHEIM Tradition und Fortschritt im Einklang



Theresa Riedmaier, Landrätin des Kreises Südliche Weinstraße, Regionalverbandsvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende

Von Hans Mindl, stellvertretender Vorsitzender der SPD Stadtratsfraktion und Vorstandsmitglied des OV Oggersheim

In diesem Jahr kann der SPD Ortsverein Oggersheim auf sein 140-jähriges Bestehen zurückblicken. Es ist zwar kein klassisches Jubiläum, aber dennoch Wert zurück zu schauen und sich

zu erinnern. Es erfüllt unseren Ortsverein Oggersheim mit Stolz, dass wir erster SPD Ortsverein in der Pfalz dieses Jubiläum feiern können.

Erinnern wir im Jahr 2011 an die damaligen Ereignisse am 31.10.1871, als ca. 600 Weberei-arbeiter im Bereich der heutigen Orangeriestraße aufgestan-

den sind und gegen die fast 15-stündige tägliche Arbeitszeit gestreikt haben. Dies war die Geburtsstunde der SPD Oggersheim und der SPD Pfalz. Hier in Oggersheim wurde der erste lassalleanische Arbeiterverein gegründet.

Vieles was heute für uns selbstverständlich ist, musste von unseren Vorfahren erst nach harten und jahrzehntelangen Kämpfen erstritten werden. 140 Jahre SPD Oggersheim und SPD Pfalz bedeuten auch, dass sich immer wieder Genossinnen und Genossen dafür eingesetzt haben, die Lebensbedingungen für die Menschen gemäß dem Motto „für Frieden, Freiheit und Solidarität“ zu verbessern. 140 Jahre Ortsvereinsarbeit heißt aber auch, kontinuierliches Arbeiten und großes Engagement für die Menschen in und für unseren Stadtteil Oggersheim.

Oggersheim hat sich in den letzten Jahrzehnten Dank der engagierten Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger, der vielen Vereine und Institutionen etc. zu einem modernen, lebens- und liebenswerten Stadtteil von Ludwigshafen mit vielfältigen lokalen, regionalen und über-regionalen Einrichtungen entwickelt. Das bisher Erreichte kann sich sehen lassen. Tradition und Fortschritt stehen unmittelbar im Einklang. Es wurde immer ein guter und gangbarer Weg im Interesse des Stadtteiles und der Bürger gefunden und beschritten.

Kommunalpolitik heißt, den Menschen dienen. Für uns Sozialdemokraten in Oggersheim eine Selbstverständlichkeit. So hat die SPD vieles in Oggersheim mit auf den Weg gebracht und so zur positiven Veränderung des Stadtteils wesentlich beigetragen. Erinnern dürfen wir hierbei an die erfolgreiche und anerkannte Arbeit unserer

sozialdemokratischen Ortsvorsteherin und Ortsvorsteher, die über Jahrzehnte mit sehr großem Einsatz und persönlichem Engagement im Interesse Oggersheims und der Bürgerschaft gewirkt haben.

Für einen „menschlichen Stadtteil und nah bei den Menschen“, dieses Leitmotiv hat das Denken und Handeln der SPD in der Vergangenheit bestimmt. Auch künftig wird dies so sein. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auch künftig auf die SPD in Oggersheim und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger verlassen. Das Erreichte zu bewahren und das Notwendige und Machbare für die Zukunft zu schaffen, dies wird im Interesse des Stadtteiles und insbesondere der kommenden Generationen unsere Aufgaben sein.



Bild oben: Dr. Klaus-Jürgen Becker reflektiert 140 Jahre Geschichte der SPD Pfalz. **Bilder rechts:** Anke Simon und Günther Ramsauer, Ludwigshafener MdLs, darunter Heike Scharfenberger, Fraktionsvorsitzende in Ludwigshafen und SPD Generalsekretär Alexander Schweizer. **Bild unten:** Jubiläumsfeier und Regionalverbandsparteitag in Oggersheim



JUTTA STEINRÜCK AUS BRÜSSEL

Soziale und vernünftige Wege aus der Eurokrise



Europa befindet sich in seiner tiefsten Krise seit der Gründung der EU. Weil sich die Banken und Finanzmärkte ungehindert ausbreiten konnten, weil Europa und die Mitgliedsstaaten die Krise wie eine Naturkatastrophe behandeln, die sie nicht durchschauen, ist es Zeit, zu handeln. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben klare Vorstellungen davon, wie die Krise dauerhaft überwunden werden kann. Diesen Fahrplan will ich Euch heute kurz erläutern.

Scheinbar unerwartet brechen Überschuldung der Euroländer und Kursstürze über Europa hinein. Die großen Flammen des Brandes werden dann notdürftig gelöscht und ansonsten setzt man auf das Prinzip Hoffnung. Doch mit zögerlicher Flickschusterei verschärfen die Regierungen die Krise weiter. Solange bis es unweigerlich zu einem Flächenbrand, einer echten Bedrohung des gesamten Euroraumes kommen muss. Das derzeitige hoch-

nervöse Gebaren der Finanzmärkte beweist es.

Doch kann man irrational agierenden Finanzmärkten mit rationalen Mitteln beikommen? Ja, man kann. Aber nicht, indem man öffentliche Haushalte bedingungslos ausbluten lässt und fortlaufend Sparprogramme beschließt, die nicht nachhaltig wirken, sondern lediglich die eigene ökonomische Zukunft verbauen. Nach Griechenland und Portugal werden das auch Italien und Spanien zu spüren bekommen. Andererseits: eine uneingeschränkte gemeinsame Haftung im Euroraum ohne ein verbindliches Regelwerk, das neben der Quantität auch die Qualität der Budgetpolitik überwacht, wäre ebenfalls nicht sinnvoll. Denn solange die Eurozone einen Bankrott verhindert, ohne eine Wachstumsperspektive zu eröffnen, ist die Eurokrise ein hervorragendes Geschäftsmodell für Spekulanten.

Daher brauchen wir nachhaltige Maßnahmen mit echtem wirtschaftspo-

litischem Sachverstand, der den kollektiven wirtschaftlichen Ruin ebenso verhindert wie das gegenseitige Ausspielen einzelner Euro-Staaten. Wir schlagen einen Fahrplan vor, der auf drei Säulen basieren muss.

■ Intelligente Strategien für mehr Wachstum und Beschäftigung

Gerade in den angeschlagenen Ländern gibt es einen enormen Bedarf an Investitionen. Aber auch diese Maßnahmen müssen abgestimmt werden und der „Turn around“ vor allem verbindlich sein. Aus der Krise herauswachsen kann nur, wer Haushaltskonsolidierung als eine qualitative Zukunftsaufgabe im europäischen Verbund begreift. Hierzu gehört ein solides Einnahmemanagement, das starke Schultern stärker belastet als schwache, ebenso wie die Durchführung und Bewertung öffentlicher Ausgaben. Die Konjunkturprognose einer Volkswirtschaft, die Gelder in Rüstungsausgaben und maroden Bürokratien versickern lässt oder sich vornehmlich auf spekulatives Immobiliengeschäft konzentriert, ist nicht gleichzusetzen mit der eines Landes, das auf Bildungsinvestitionen, neue Jobs und Zukunftstechnologien setzt. Zu den unangenehmen Wahrheiten gehört nämlich auch die viel zu hohe Arbeitslosenzahl in Europa. Mehr als 23 Millionen Europäer sind ohne Beschäftigung, das sind über 9 Prozent. In Spanien ist fast jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. Dass das zusätzlich die Konjunktur schwächt und die Haushalte belastet, ist selbstredend. Erst jetzt wird nämlich in einigen der von der Schuldenkrise bedrohten Ländern erkannt, dass

ihre hohe Arbeitslosigkeit auch mit einem massiven Bildungsproblem verbunden ist. Doch mit drastischen Sparmaßnahmen und ohne Geld in die Hand zu nehmen, sind keine Bildungskampagnen zu realisieren.

■ Regulierung und Reform der Finanzinstrumente

Bislang tragen die Steuerzahler die Hauptlast der Krise. Sie haben die Banken vor dem Kollaps bewahrt und jetzt bürgen sie für die überschuldeten Euroländer. Wer Europas Staatsfinanzen garantieren und die Finanzmärkte an den Kosten der Krise angemessen beteiligen will, muss das politisch-institutionelle Gefüge der Eurozone entsprechend ausbauen.

Der ständig umstrittene Rettungsschirm EFSF und zukünftig ESM muss konsequent zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden. Nur mit einem breiten Mandat kann er dauerhaft die spekulationsfreie Finanzierung der Staatsbudgets wie ein effektives Schuldenmanagement sicherstellen helfen.

Ein taugliches Instrument, die Akteure des Finanzgeschehens als Mitverursacher der Krise strukturell in deren Bewältigung einzubeziehen, ist die Einführung einer Transaktionssteuer, notfalls auch im europäischen Alleingang. Aber auch mutige Schritte in der Gesetzgebung zur Finanzmarktreform sind weiterhin vonnöten. Die europäischen Gesetzgeber haben wie im Falle des spekulativen Handels mit Kreditausfallversicherungen auf Staats-

anleihen die Möglichkeit, ein Verbot auszusprechen. Bislang aber sperren sich die Finanzminister gegen die Forderung des Europäischen Parlaments, im Rahmen der laufenden Gesetzgebung zu Leerverkäufen tätig zu werden.

■ Eine starke europäische Union

Wir wollen eine gemeinsame Politik der Mitgliedsstaaten, die die Eurozone auf eine dauerhafte tragfähige Grundlage stellt, eine echte Fiskalunion. Das würde auch europäische Anleihen umfassen, die von allen Euroländern garantiert werden. Damit wäre die Währungsunion deutlich weniger anfällig gegen Marktspekulationen.

Der Befürchtung, Eurobonds würden endgültig die Ära fehlender fiskalischer Disziplin einleiten, kann wirkungsvoll begegnet werden. Missbrauch lässt sich zum einen durch ein effektives gemeinsames europäisches Haushaltsregelwerk abstellen. Einen wirklichen Pakt für Wachstum und Stabilität, der auf die Qualität der Staatsausgaben achtet anstatt blind zu sparen.

Zum anderen dadurch, dass nur ein Teil der nationalen Staatsschuld - Ökonomen raten zu einer Höhe von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung - in europäische Anleihen gebündelt wird. Für die Refinanzierung darüber hinausgehender Schulden wäre weiterhin jeder Mitgliedstaat alleine zuständig und würde sich damit einem verschärften Urteil über sein Haushaltsgebaren aussetzen.

Die Krise der Eurozone stellt uns vor die Alternative: Vertiefung der Europäischen Union oder ihre sukzessive Auflösung. Zu lange schon schlagen sich die EU-Regierungschefs mit der Angst um den nationalen Kontrollverlust herum. Mehr gemeinsames Regieren bedeutet aber nicht, den nationalen Parlamenten das Recht für eigene Entscheidungen zu nehmen und alle Macht in Brüssel abzugeben.

Dieser Artikel basiert auf einem Text von Udo Bullmann, Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, veröffentlicht auf www.spd.de



WIR HELFEN HIER UND JETZT

100 Jahre Arbeiter-Samariter-Bund Ludwigshafen



Am 27. Mai 1911 wurde der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Ludwigshafen am Rhein mit 35 Mitgliedern gegründet. Bereits schon im September 1911 konnte der Verband 80 Mitglieder verzeichnen. Gleich zu den Anfangszeiten übernahm der ASB Sanitätswachen. So verzeichnet ein Protokoll von der Jahreshauptversammlung 1912, dass bereits 20 Sanitätswachen durchgeführt wurden. 1912 half der ASB bei einem Großbrand in Ludwigshafen. 1914 wurde die Entwicklung des Verbandes durch den Krieg unterbrochen. Samariterinnen und Samariter wurden in den Lazaretten eingesetzt. Es gab zu dieser Zeit 65 aktive Mitglieder. Bis zum Jahre 1929 bildeten sich immer neue Kolonnen nach Friesen-

heim und Mundenheim kamen Oggersheim und Rheingönheim hinzu. Die Sanitätswachen wurden immer mehr, ebenso die Ausbildung in Erster Hilfe.

1921 bei einem grauenhaften Explosionsunglück in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurde die Arbeit des ASB zu einer großen Bewährungsprobe. Die Presse schrieb danach „Die Rettungsaktion setzte sofort mit aller Macht ein und ein Ruhmesblatt haben sich die Arbeiter-Samariter erworben, die in aufreibender Arbeit halfen, die Toten zu bergen und die Verletzten zu versorgen“. Nach dieser fürchterlichen Katastrophe verstärkte der Samariterbund seine Ausbildungsprogramme.

Am 15. Juli 1933 wurde das Vermögen der Arbeiter-Samariter beschlagnahmt und dem damaligen Roten Kreuz und den Sanitätsgruppen der SA zugeführt.

Am 06. August 1949 wurde die Kolonne Ludwigshafen wieder neu gegründet. Es halfen damals alte und neue Mitglieder mit den Verband nach vorne zu bringen. Bereits am

23. September 1949 konnte mit Hilfe eines Darlehens von 4000 DM durch die Kreissparkasse Ludwigshafen der erste Krankenwagen angeschafft werden. Schnell wurde der ASB in Ludwigshafen wegen seiner Angebote in der Bevölkerung wieder anerkannt und die Dienste angenommen.

Die Arbeiter-Samariter Ludwigshafen entwickelten sich nun in den folgenden Jahren immer weiter nach vorne. Im Jahre 1954 wurde der Grundstein für die Dienststelle im Heuweg gelegt. Das fehlende Geld wurde durch viele Stunden Eigenleistung der Mitglieder ersetzt. Bereits am 22. Juni 1958 konnte unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die Rettungswache eingeweiht werden.

Der ASB Ludwigshafen entwickelte sich nun stets weiter. 1963 wurde in Ludwigshafen der hauptamtliche Krankentransportbetrieb eröffnet. Im gleichen Jahr wurde in Oppau-Edigheim eine neue Rettungsstelle eingerichtet. Als Dank und Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit wurde durch den Stadtrat beschlossen die anliegende Straße in „Samariterstraße“ umzubenennen.

1970 kamen die ersten Zivildienstleistenden und 1975 wurde der ASB Rettungsdienst auf die von der Landesregierung Rheinland-Pfalz eingerichtete Rettungsleitstelle geschaltet.

1975 wurde dann auch für uns heute noch wichtige Entscheidung getroffen, der Einzug in die neue Rettungswache Brunhilden Straße 5. In dieses Gebäude konnten nun alle Bereiche des ASB Ludwigshafen zusammengefasst werden und dies bis zum heutigen Tage.

In den Folgejahren konnte sich der Kreisverband stets nach oben entwickeln, teilweise auch getrübt durch



die eine oder andere Fehlentscheidung bei der Übernahme von neuen Diensten, die teilweise leider auch zu Verlusten geführt haben. Doch es war immer wie im wirklichen Leben – aus jeder Niederlage geht man gestärkt hervor und so war dies auch im ASB Ludwigshafen.

Bei vielen Großveranstaltungen bis heute waren die Samariter dabei, so bei jeder großen Bombenentschärfung in Ludwigshafen, bei Rheinland-Pfalz-Tagen, bei Open Air Veranstaltungen, beim Skate Marathon von Dom zu Dom und vieles mehr.

Die Arbeiter-Samariter-Jugend konnte nicht nur kräftig feiern, wie sie dies bei den Konzerten im Bürgerhof bei den Stadtfesten gezeigt hat, nein auch in Krisenzeiten waren sie zur Hilfe stets bereit. So haben sie 2002 bei der großen Hochwasserkatastrophe im Osten des Landes um Ludwigshafen herum jede Menge Geld- und Sachspenden gesammelt und dies in einer Gemeinschaftsaktion abgeholt und anschließend nach Grimma gefahren. Die damalige ASB Jugend wurde dafür mit einer besonderen Medaille ausgezeichnet.

Heute hat sich der Kreisverband von einem rein ehrenamtlichen Verband in einen Dienstleistungsverband mit sozialen Aufgaben entwickelt. Nur rein ehrenamtlich sind die vielfältigen Aufgaben nicht mehr zu erledigen. Trotz der Tatsache, dass das laufende Tageschäft nur noch hauptamtlich zu bewältigen ist es auch für die heutige Führung sehr wichtig das bestehende Ehrenamt und die damit verbundenen Aufgaben hoch zu halten. Viele Dienstleistungsbereiche können auch nur mit Hilfe von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern den Kunden angeboten werden, die auf diese Dienste oft dringend angewiesen sind.

Der heutige Arbeiter-Samariter-Bund Ludwigshafen erfüllt alle Aufgaben eines großen Wohlfahrtsverbandes.

So gehört die Notfallhilfe mit allen Bereichen vom Rettungsdienst, Rückholdienst über den Katastrophenschutz dazu. Seit 2008 wurde diese Bereich um die Rettungshundestaffel bereichert, deren ersten Einsatz beim Erdbeben in Haiti

war. Damals in aller Munde war Anja Fiedler mit ihrem Hund Pablo.

Die Mobilen Sozialen Dienste haben die Bereiche Hausnotruf, Menüservice, Besuchsdienste sowie einen Begleit- und Einkaufsservice im Angebot. In den Sommerferien betreuen wir zusammen mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Schullandheim Ramsen die Seniorinnen und Senioren bei ihrem „Urlaub ohne Kofferpacken“.

Im Jahre 2010 haben wir begonnen einen ambulanten Pflegedienst aufzubauen. Dieser wurde in der Bevölkerung sehr gut angenommen – in den ASB hat man eben Vertrauen.

Wer rastet der rostet – dies wollen



wir nicht und so haben wir natürlich auch viele Zukunftsplanungen. So soll die Jugendarbeit wieder mehr aktiviert werden. Die Nachwuchsarbeit soll gestärkt werden. Daher werden wir in der nächsten Zeit auch verstärkt Schulsanitätsdienste anbieten. Ebenso werden wir zusätzliche Angebote der Ersten Hilfe Ausbildung den Schulen und den Kindertagesstätten anbieten. Die Breitenausbildung der Bevölkerung wollen wir durch Angebote an Firmen verstärken.

„Wir helfen hier und jetzt“ soll unser Motto sein für die Bürgerinnen und Bürger in unserem gesamten Zuständigkeitsbereich sein.



Arbeiter-Samariter-Bund
Kreisverband
Ludwigshafen
Brunhildenstraße 5
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 - 591 90 0
Fax: 0621 - 591 90 50
E-Mail: info@asb-lu.de
Homepage: www.asb-lu.de

Geschäftsführer	0621-59190 14
Verwaltung	0621-59190 16
	0621-59190 36
	0621-59190 26
Rettungsdienst	0621-59190 29
	0621-59190 19
Sozialstation	0621-59190 48
Menüservice	0800-27272 59 (kostenfrei)
Hausnotruf	0800-27272 59 (kostenfrei)
Katastrophenschutz	0621-59190 0
Sanitätsdienste	0621-59190 0
Breitenausbildung	0800-27272 59 (kostenfrei)
Mitgliederwerbung und Betreuung	0621-59190 12

UB Vorderpfalz

Stadtverband Frankenthal

Frankenthal
Frankenthal-Süd
Studernheim
Eppstein
Flomersheim
Mörsch

Stadtverband Ludwigshafen

Edigheim
Friesenheim
Gartenstadt
Maudach
Mundenheim
Niederfeld
Nord-West
Oggersheim
Oppau
Pfungstweide
Rheingönheim
Ruchheim
Südliche Innenstadt

Kreisverband Rhein-Pfalz-Kreis

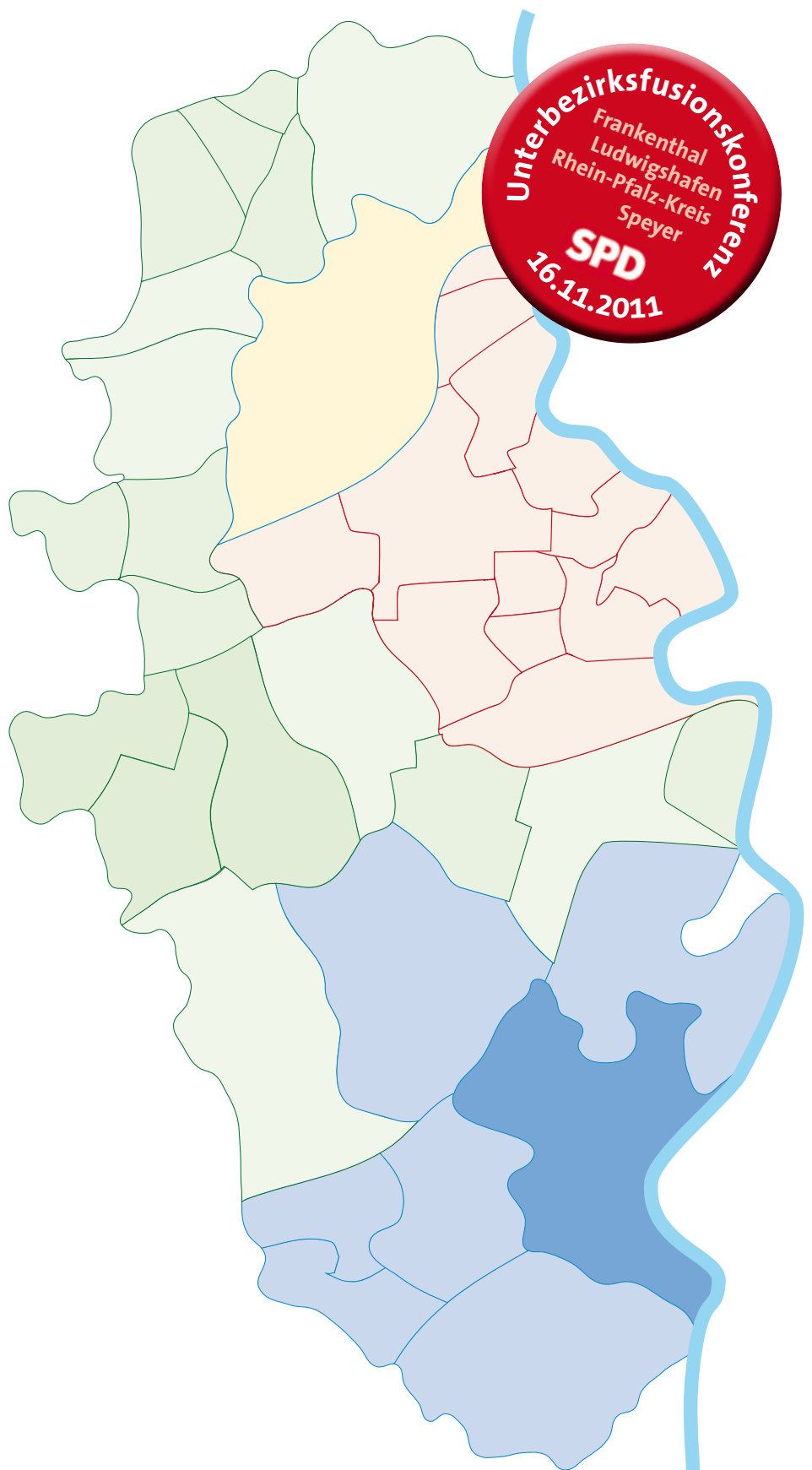
Altrip
Beindersheim
Birkenheide
Bobenheim-Roxheim
Böhl-Iggelheim
Dannstadt-Schauernheim
Fußgönheim
Großniedesheim
Heßheim
Heuchelheim
Hochdorf-Assenheim
Kleinniedesheim
Lambsheim
Limburgerhof
Maxdorf
Mutterstadt
Neuhofen
Rödersheim-Gronau

Schifferstadt
Otterstadt
Waldsee
Hanhofen
Dudenhofen
Harthausen
Römerberg

UB Speyer

Stadtverband Speyer

Nord
Mitte
Süd
West und Erlich



■ Impressum

Redaktion: Bernhard Kukatzki,
Julia Troubal, Michael Müller

Terminmeldungen und Beiträge

bitte an die Redaktion
SPD-Unterbezirk Vorderpfalz
c/o Bernhard Kukatzki

Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen am Rhein
oder per E-Mail an
bernhard.kukatzki@spd.de
bzw. Michael Müller
webmaster@ub-vorderpfalz.de